

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 14

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Baptistentrennung der UdSSR polizeilich verwischt

Wir haben im Zeitbild regelmässig über die Verfolgung von «nichtregistrierten» Baptisten in der UdSSR berichtet. Das sind Leute, die den Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat hochhalten, demzufolge eine staatliche Beaufsichtigung ihrer religiösen Tätigkeit ablehnen und dafür unter polizeiliche Obhut kommen. Daneben gibt es auch die «registrierten» (das heisst staatlich eingeschriebenen und anerkannten) Baptisten.

Angeichts dieser klaren Zweiteilung und der ebenso deutlichen Alternative für jeden «Interessenten» besteht die normale Erwartung, dass sich die «Registrierten» eines staatsfrom-

men Verhaltens befleissigen. Indessen ist auch das nicht mehr so sicher.

Jedenfalls galt eine Polizeiaktion von diesem Frühjahr in Estland sowohl gewohnterweise den «nichtregistrierten» als auch ungewohnterweise den «registrierten» Baptisten. Man durchsuchte ihre Wohnungen in den Städten und Ortschaften Narva, Valga, Tapa, Rakvere, Uechve und möglicherweise auch anderswo. Und man beschlagnahmte bei den Angehörigen dieser wie jener Gemeinden unter anderem religiöse Literatur vom Untergrundverlag «Christianin», den die Nichtregistrierten betreiben. Die Polizei hat schon mehrmals Druckeinrichtungen dieses Verlags aufgespürt und beschlagnahmt, aber bis jetzt konnte jedesmal eine andere Geheimdrukerei «irgendwo in der Sowjetunion» die Publikation wiederaufnehmen.

Auf jeden Fall scheint die polizeiliche Gleichbehandlung von «artigen» und «unartigen» Gläubigen ein bemerkenswertes Indiz dafür zu sein, dass sich die Fronten verwischen. Und zwar zum Nachteil der Staatsideologie. ■

zwanzig allein in Tallinn und über 10 000 im ganzen Land. Und dabei handelt es sich keineswegs etwa um isolierte Einheiten, die bloss auf sich selbst gestellt operieren würden. Sie haben ausgeprägte Organisationsstrukturen und Verwaltungszentren. Viele von ihnen verfügen über Institutionen zur Priesterausbildung und betreiben überdies noch publizistische Aktivitäten.

Demzufolge ist es keine Uebertreibung, vom Bestehen eines bewusst organisierten Systems zur Propagierung religiöser Ideologie zu sprechen. Dem ist noch hinzuzufügen, dass viele kirchliche Körperschaften auch internationalen Organisationen angehören, innerhalb derer ein ständiger Erfahrungsaustausch stattfindet, ganz be-

sonders über religiöse Propaganda und die Suche nach ihrer Vervollkommnung.

Eine zugehörige Komponente ist hierbei der internationale Antikommunismus. Seine Theoretiker und Praktiker sind sich der günstigen Gelegenheit wohl bewusst, antikommunistische Ideen unter religiöser Verkleidung vorzulegen. Die günstige Gelegenheit ergibt sich dadurch, dass in der UdSSR die Religion als einzige Ideologie, die dem wissenschaftlichen Kommunismus fremd ist, legal bestehen darf und somit auch der Strafverfolgung entzogen ist. Daher denn auch die regelmässigen Radiosendungen der verschiedenen (ausländischen) «Stimmen» über angebliche Verfolgung von Gläubigen in unserem Land, daher die Benützung internationaler touristischer Kanäle zur Weitergabe von Instruktionen an religiöse und andere Dissidente, daher die Infiltration religiöser Literatur in unser Land usw. (...)

Kehren wir nun zum Ausgangspunkt unserer Diskussion zurück: Ist das Lehrfach der Grundsätze des Wissenschaftlichen Atheismus an höheren Bildungsanstalten unseres Landes gesetzlich oder ungesetzlich?

Selbstverständlich ist es legal. Und übrigens: Bei der überwiegenden Mehrheit unserer höheren Schulen gibt es das Fach als Wahlfach ohne Ueberprüfung der Studenten mittels Kontrollen und Examen. Die Institutionen, bei denen eine solche Aufsicht besteht, sind Lehramtsinstitute und Universitäten, Institutionen, welche Personal von universitärem Niveau, von wissenschaftlichen und pädagogischen Qualifikationen heranbilden. (...)

Was unsere Studienanfänger angeht, stehen einige von ihnen (vorhin war es doch bloss einer, oder?; ZB) offensichtlich mit der Logik auf Kriegsfuss. Schliesslich sind sie doch fast alle Mitglieder des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol). Seine Statuten machen es jedem Jungkommunisten zur Pflicht, religiöse Vorurteile und religiösen Aberglauben zu bekämpfen. Wie aber kann man einen Gegner — und erst recht einen so mächtigen und hartnäckigen Gegner — denn bekämpfen, wenn man von ihm so gut wie nichts weiss? ■

Joga, Antisozialismus und CH-Subversion

Als antisozialistisch gelten in der Sowjetunion neuerdings auch Joga-Uebungen.

Dass man sich in der UdSSR seit Ende 1981 strafbar macht, wenn man als gewöhnlicher Bürger Karate praktiziert (Rückfällige kriegen bis zu 5 Jahren Gefängnis), hatten wir in ZB, Nr. 3/1982, schon berichtet; die Kunst der Selbstverteidigung ist für die Bevölkerung eben nicht einmal als Sport zulässig.

Jetzt ist als weiteres Beispiel unerwünschter «modischer Praktiken» auch Joga unter Beschuss gekommen. Nach einer Pressekampagne gegen diese unvaterländische Uebeltäterei ist ab April auch die Polizei aktiv geworden. Sie durchsuchte die Wohnungen von verschiedenen Joga-Anhängern und beschlagnahmte bei dieser Gelegenheit auch konterrevolutionäres Kriegsmaterial wie zum Beispiel Schreibmaschinen.

Gegen einen der Betroffenen, den 30jährigen Wissenschaftler Wladimir Kritskij, hat man ein Strafverfahren eingeleitet. Nicht weil Joga (schon) verboten wäre, sondern weil Joga einen «Uebergriff auf Persönlichkeit und Rechte von Bürgern unter dem Vorwand der Ausübung religiöser Riten» darstellt. Und wenn man es so definiert, dann ist das der Wortlaut von Artikel 227 des Strafgesetzbuches der RSFSR (Russische Föderation). Man muss sich nur zu helfen wissen. (Mit dieser staatsanwaltschaftlichen Hilfe sind auch schon manche Christen bedacht worden.)

Wer aber ist schuld, dass solche fremdländische Persönlichkeitsvergewaltigung in die Sowjetunion importiert werden konnte? Die Schweiz. Denn sie ist es, die einem Inder namens Shri Vishnupad und seiner «Mantra-Joga-Schule» Gastrecht gewährt. Und von hier aus hat er zwischen 1978 und 1980 mehrere Reisen in die Sowjetunion unternommen. (Er wurde dann ausgewiesen, als er in Riga gar einen öffentlichen Vortrag halten wollte.) Und es sind Anhänger seiner Schule, gegen die man in Moskau polizeilich ermitteln muss.

Die Duldung internationaler Subversionszentren in Form von Joga-Schulen durch die Schweiz gefährdet immer deutlicher die Sicherheit sozialistischer Staaten und damit zwingenderweise auch den Weltfrieden. Schliesslich hat eine in Genf heimatische Joga-Gruppe sogar ein Politbüromitglied in Rumänien subvertiert (siehe ZB, Nr. 13/1982).

Die einfachen und friedliebenden Menschen in der Schweiz sind empört. Sie fragen: Wie ist diese internationale Wühlarbeit mit dem Neutralitätsstatus der Schweiz vereinbar? Wann denkt die Bundesanwaltschaft, den ausländischen Subversanten das Handwerk zu legen?

Dass in diesem Sinn zwei separate Interpellationen von POCH und NA für den Nationalrat in Vorbereitung sind, konnte bis Redaktionsschluss noch nicht bestätigt werden. ■

ZEITBILD

erscheint alle
zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +
Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise (Inland)

Fr. 39.— jährlich
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—
Einzelnnummer Fr. 2.—

ZB-Auslandpreise

Fr. 42.—/DM 48.—
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—
Einzelnnummer Fr. 2.50/DM 2,80



SPS in der DDR

Auf Einladung des SED-Generalsekretärs Erich Honecker weilte eine Delegation der SPS unter Leitung von Parteipräsident Helmut Hubacher vom 30. Juni bis zum 4. Juli in der DDR. In der Delegation waren Genossen, die bereits besondere Beziehungen zum «ersten sozialistischen deutschen Staat» haben. So war Radioprogrammdirektor Blum vor über 20 Jahren jugendlicher Liebhaber am Theater in Rostock, und SPS-Vize Vollmer ist mit einer Ostdeutschen verheiratet. Anderen ist sowjetische Entspannungspolitik ein besonderes Anliegen; so möchte sich Helmut Hubacher am ehesten mit Willy Brandt vergleichen (dem Schöpfer der neuen deutschen Ostpolitik, «focus», Feb. 1978), während der leitende SPS-Zentralsekretär den Friedensappell unterzeichnete, den die Schweizerische Friedensbewegung im Rahmen einer Aktion des Weltfriedensrates letzten Winter lanciert hat. Das Bild, das wir dem SED-Blatt «Neues Deutschland» entnommen haben, zeigt im weiteren noch den Selbstverwaltungs-Spezialisten Peters von der Linksaussen-SP-Gruppe Yverdon sowie Rita



Hundstägliche Leiden

Die Veteranin Alexandra Michajlowna Galenkowa, Hauptmann der Roten Armee a.D., besuchte mit einer Gruppe von Dienstkolleginnen Karlovy Vary (CSSR), wo sie im Zweiten Weltkrieg als Fallschirmspringerin im Einsatz gewesen war. Ein grosser Busen erleichtert das Aufhängen 500 vieler Orden; aber warm ist die Uniform!

Gassmann, langjährige Präsidentin der SP-Frauen.

Im gemeinsam unterzeichneten Schlusskommunique wendeten sich beide Parteien u. a. «gegen Bestrebungen, das militärische Gleichgewicht zugunsten einer Seite zu verändern» — dass die Sowjetunion in den letzten 15 Jahren die militärische Ueberlegenheit zu ihren Gunsten verändert hat, wurde verschwiegen. Ferner stellten sich beide Parteien hinter ein Verbot namentlich der Neutronenbombe — ohne das bestehende Uebergewicht von sowjetischen SS-20-Atomraketen zu erwähnen oder deren Abbau zu verlangen.

Konkret sind auch Fragen des Friedenskampfes besprochen worden. Vermutlich blieb die Unterdrückung der Friedensdemonstrationen in der DDR unerwähnt. *Sa.*

Pakete nach Polen

Die immer noch zunehmende Not in Polen veranlasst viele, ihren Freunden und Bekannten Pakete zu senden oder die Hilfsorganisationen zu unterstützen, die grosse Sammeltransporte durchführen. Dabei taucht immer wieder die Frage auf: Kommen die Pakete auch zu den Leuten, für die sie bestimmt sind?

Wie die Erfahrung zeigt, wachen die polnischen Behörden selbst sehr scharf darüber, dass die

Verteilung der Liebesgaben korrekt vor sich geht, haben sie doch alles Interesse daran, dass die Not — und die dadurch bewirkte Unzufriedenheit — gemildert wird. Dieses Interesse kommt auch darin zum Ausdruck, dass alle Liebesgaben zollfrei eingeführt werden können und dass die Lastwagenfahrer und Konvoienten vom Devisenzwangsumtausch befreit werden. Von privat mit der Post versandten Paketen wird kaum je bekannt, dass sie nicht oder nicht vollständig angekommen seien. Doch waren diese Pakete oft sehr lange unterwegs, weil die Organe von Post und Zoll ganz einfach von der Paketflut überschwemmt worden sind. In dieser Beziehung ist es aber besser geworden, und insbesondere kleine Pakete gelangen verhältnismässig schnell zu ihren Adressaten. Bei den Paketen, die nicht vollständig ankamen, handelte es sich um schlecht verpackte Sendungen. Es empfiehlt sich daher, solides Packmaterial zu verwenden, die Verschnürungen durch Plomben oder Versiegelungen zu sichern und die Pakete mit Klebestreifen zu umspannen. *Mk.*

Zitiert...

«Ein solches Konzept (begrenzte Zusammenarbeit von Kirche und Gewerkschaften mit den Behörden in Polen) gibt es. Es geht davon aus, weiterhin zu versuchen, die Behörden — durch Bitten — zu Konzessionen im Interesse der Gesellschaft zu überreden. Das halte ich für ein absolut naives Konzept, denn noch nie hat eine totalitäre Regierung etwas gegeben, was sie nicht geben musste. Die einzige Möglichkeit, die Regierung zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen, ist die Anwendung organisierten Drucks in Form eines Widerstands aus dem Untergrund.»

Zbigniew Romaszewski, führendes Mitglied der Untergrund-Solidarnosc, in einem Interview für den «Spiegel», 28.6.1982.

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement
zu Fr. 39.- (Ausland sFr. 42.-/DM 48.-).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

ZEITBILD

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift